

Prenumerata roczna wynosi Koron 5·.
Inseraty umieszcza się wedle stałej taryfy.
Wychodzi 1-go każdego miesiąca.
Redakcya i Administracya: **Kraków, Stradom 23.**
Rękopisów nie zwraca się.
Konto czekowe kasy oszczędności Nr. 66.620.

Pränumerationsgebühr pro Jahr Kronen 5·—.
Inserate laut aufliegendem Tarif.
Erscheint am 1-ten jedes Monats.
Redaction und Administration: **Krakau, Stradom 23.**
Manuscripte werden nicht zurückgegeben.
Postsparcassen-Conto Nr. 66.620.

Nr. 4. Krakau, Dienstag 1. October 1907. I. Jahrgang.

Der Gesetzentwurf über den Dienstvertrag der Handelsangestellten.

I.

Wenn man die gesetzlichen Bestimmungen betreffend der rechtlichen Stellung der Handelsangestellten zusammenstellen will, so muss man drei Gebiete der österreichischen Gesetzgebung in ein abgerundetes System zusammenfassen. In erster Reihe das Handelsgesetzbuch (Erstes Buch, sechster Titel), das in neun lakonischen Artikeln das ganze privatrechtliche Material zu erschöpfen sucht — und eine karge Stütze in Handelsgebräuchen und in deren Ermanglung in zweiter Reihe in bürgerlichen Gesetzen ergänzungsweise findet. Zuletzt endlich das VI. Hauptstück der Gewerbeordnung, deren Bestimmungen auf die Handlungsgehilfen, Handlungslehrlinge und Handlungsdiener nur insofern Anwendung finden, als in dem Handelsgesetzbuche nicht etwas anderes angeordnet ist, — soll uns die verwaltungsrechtlichen Vorschriften des Dienstverhältnisses darstellen.

Alle diese drei Gesetze umfassen nicht die ganze Fülle der in dieser Hinsicht zu regelnden Materie und die Lückenhaftigkeit der Gesetzgebung über kaufmännisches Hilfspersonal zeigt sich schon drastisch in dem, dass die für höhere Dienstleistungen in der Regel mit Jahres- oder Monatsgehalt angestellten Individuen wie: Werkführer, Mechaniker, Buchhalter, Kassiere, Chemiker und dgl. unter Hilfsarbeitern im Sinne der Gewerbeordnung nicht begriffen werden, folglich der Gewerbeordnung nicht unterstehen und mangels ausdrücklicher Bestimmung auch tatsächlich den Handelsgesetzen entzogen sind.

Die Unzulänglichkeit der gesetzlichen Bestimmungen hatte die Unentschlossenheit und Ungewissheit der österreichischen Judicatur zur Folge, u. die gerichtliche Praxis hat uns viele entgegengesetze Entscheidungen ans Licht gebracht. Schon aus diesem Grunde fühlte sich die Regierung veranlasst unter dem Druck der organisierten Handelsangestellten dem Reichsrate einen Gesetzentwurf über den Dienstvertrag der Handelsangestellten vorzulegen, der einheitlich in einem besonderen Gesetze den sozialen Angestelltenschutz bringen soll. Leider blieb die Regierung auf dem halben Wege stehen und wie alle österr. Gesetze trägt auch dieser Gesetzentwurf den Stempel des Kompromisses u. Zweideitigkeit — und alles in allem beweist, das die Regierung langsam und allzu behutsam vorwärts schreiten will. Aber eben diese Zaghaftigkeit ruft grosse Unzufriedenheit in den Kreisen der Interessierten hervor, da es doch selbstverständlich ist, dass ein Leckerbissen den Hunger der kämpfenden Handlungsangestellten nicht stillen kann. Darum zeigt sich schon jetzt auch in Kreisen unserer Kollegen grosse Unzufriedenheit gegen die Regierungsvorlage.

Wollen wir daher hier kurz unsere Stellung zu dem Entwurfe präzisiren — da eben jetzt diese Frage besonders aktuell wird, denn die Regierungsvorlage, die ohne erste Lesung dem volkwirtschaftlichen Ausschusse (Obmann: Dr. Ellenbogen, Referent: Dr. Dulemba) überwiesen wurde, wird höchstwahrscheinlich noch im October auf die Tagesordnung des Plenums kommen.

II.

Der Gesetzentwurf hinkt schon darin, dass die Regierung sich begnügt hauptsächlich nur die zivilrechtliche Seite der Materie zu behandeln. Nicht weniger wichtige Fragen, wie die Verkürzung der Arbeitszeit, die gesetzliche Einführung der einheitlichen Geschäftssperre, die Sonntagsruhe und andere Fragen des öffentlichen Rechtes werden gänzlich ausser Acht gelassen und bleiben daher die ungenügenden Bestimmungen der Gewerbeordnung, die eine Reform im fortschrittlichsozialen Sinne bedürfen, in Kraft. Wir haben es in diesem Falle wieder mit keinem einheitlichen Gesetz zu tun, da nebst dem neuen Gesetze nicht nur die Gewerbeordnung aber auch das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, insbesondere die Bestimmungen über den Lohnvertrag unberührt bleiben. Die Bestimmungen der neuen Gesetzvorlage gelten für das Dienstverhältnis von Personen, die bei einem Kaufmanne vorwiegend zur Leistung kaufmännischer Dienste (Handlungsgehilfen) oder höherer, jedoch nicht kaufmännischer Dienste angestellt sind (z. B. Chemiker). Bei einem Kaufmanne angestellte Personen, die nur ausnahmsweise zu kaufmännischen Diensten verwendet werden, sowie diejenige Personen, die bei dem Betriebe des Handelsgewerbes andere, als kaufmännische Dienste, insbesondere untergeordnete Verrichtungen leisten, wie Geschäftsdiener, Packer, Fuhrleute und derg., sind nicht als Handlungsgehilfen anzusehen. Die Bestimmungen dieses Gesetzes sollen ferner auf das Dienstverhältnis von Personen, die vorwiegend zur Leistung kaufmännischer oder anderer höherer Dienste in Unternehmungen oder Anstalten der nachstehenden Art angestellt sind, Anwendung finden, wenngleich der Unternehmer oder die Anstalt nicht Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches ist:

 **Collegen, verbreitet unsere Presse!** 

1. In Unternehmungen jeder Art, auf welche sich die Gewerbeordnung bezieht.

2. In Kreditanstalten, Spar- und Vorschusskassen, Versatz-Versorgungs- und Rentenanstalten, Versicherungsanstalten jeder Art

3. In der Verwaltung oder dem Verschleisse einer periodischen Druckschrift.

Diese Erweiterung der Grenzen des neuen Gesetzes ist aufs wärmste zu begrüssen. Es ist dadurch der bis nun obwaltende Zweifel behoben, welchen Gesetzen das Dienstverhältnis der Reisender, Buchhalter, Ingenieure, Chemikers zu unterwerfen seien. Es ist nur unverständlich warum die Regierung die Angestellten in Tabaktrafiken u. Lottokollekturen wieder ausser Acht lässt.

III.

Nach dieser Kompetenzschilderung der neuen Vorlage wollen wir nun die wichtigsten Einzelheiten des Entwurfes noch kritisch beleuchten und hauptsächlich unser Augenmerk auf die Vorschriften wenden, die von grosser Tragweite für reisende Kaufleute sind.

Einen wesentlichen Fortschritt sehen wir in der Frage des Nebenerwerbes. Bis nun war es dem Angestellten verboten ohne Einwilligung des Chefs für eigene Rechnung oder für Rechnung eines Dritten überhaupt Handelsgeschäfte abzuschliessen, — jetzt soll die Einwilligung nur dann erforderlich sein, wenn diese Handelsgeschäfte im Geschäftszweige des Chefs d. i. also in derselben Branche oder mit demselben Artikel gemacht werden. Zu jedem anderen Handelsgeschäfte ist der Angestellte ermächtigt.

Der Dienstnehmer, der durch Krankheit oder Unglücksfall an der Leistung seiner Dienste gehindert wird, behält den Anspruch auf Gehalt, u. Unterhalt auf die Dauer von sechs Wochen Diese Bestimmung, die auch jetzt im Handelsgesetzbuche ihren Platz findet, wird zu Gunsten der Angestellten dadurch ausgedehnt, dass während dieser 6 wöchentlichen Zeitdauer der Dienstnehmer wegen der durch die Erkrankung oder den Unglücksfall verursachten Verhinderung an der Dienstleistung nicht entlassen werden kann. Findet die Kündigung erst nach Eintritt der Verhinderung statt, so bleibt die dadurch herbeigeführte Beendigung des Dienstverhältnisses in Ansehung des Anspruches auf den Fortbezug des Gehaltes Ablauf der 6 wöchentlichen Frist ausser Betracht.

Diese löbliche Massnahme wird aber dadurch sehr beeinträchtigt, dass es dem Unternehmer in der Zukunft erlaubt sein soll, einen Teil der Krankenunterstützung, die der Angestellte von seiner Krankenkasse bezieht, in den Gehalt einzurechnen. Gegen diese Bestimmung wird richtig eine starke Unzufriedenheit bemerkbar, denn der Teilbetrag der Unternehmers zur Krankenkasse ist in der Wirklichkeit ein Teil des Gehaltes, da der Unternehmer mit dieser Ausgabe bei Bemessung der Löhne rechnet, — und soll daher ein Teil des Gehaltes dem Angestellten zur Zeit seiner Krankheit, wo er mehr wie gewöhnlich des Geldes bedürftig ist, nicht in Abzug gebracht werden, zumal seine Krankheit oft länger als 6 Wochen dauert, für welchen Fall doch der Angestellte überhaupt ohne etwaige materielle Unterstützung bleibt.

Im letzten Abschnitte des § 7 wird dem Angestellsten Anspruch auf Gehalt bis zur Dauer von 4 Wochen zugesprochen, wenn er durch Erfüllung seiner Militärpflicht für die Zeit von höchstens 8 Wochen an der Verrichtung seiner Dienste gehindert ist.

In der Frage der Provision sind die Bestimmungen dem deutschen Handelsgesetzbuche nachgebildet. In dieser Hinsicht werden zwei wichtige Postulate erhoben: erstens, dass dem Provisionsberechtigten nicht nur das Recht zustehe, die Mitteilung eines Buchauszuges über die durch seine Tätigkeit zustande gekommenen Geschäfte zu verlangen, sondern, dass ihm auch die Einsicht in die Geschäftsbücher, wie bei der Tantiéme gewährt werde, zweitens: auf Aufhebung des erstens Satzes des § 9, der dem Angestellten die Annahme einer Provision oder sonstigen Belohnung von dem Dritten, mit dem der Angestellte für den Dienstgeber das Geschäft abgeschlossen hat, nur dann erlaubt, wenn der Dienstgeber dazu seine Einwilligung erteilt, oder wenn ein derartiger Handelsbrauch in dem betreffenden Geschäftszweig besteht und die Annahme einer Provision oder Belohnung nicht vertragsmässig ausgeschlossen wurde.

Die Zahlung des Gehaltes hat spätestens am Schlusse eines jeden Kalendermonats zu erfolgen und sind die Vereinbarungen nach denen die Zahlung später als am Schlusse eines jeden Kalendermonats erfolgen soll, richtig wenn das Entgelt des Dienstnehmers 3000 K. jährlich nicht übersteigt. Es erscheint aber die Grenze von 3000 K. nicht gerechtfertigt, da selbst Angestellte mit diesem Einkommen (in Galizien führwahr sind solche Fälle überhaupt Ausnahmen) wohl ein Interesse daran haben dürften, den Gehalt monatlich ausgezahlt zu erhalten.

IV.

In der Frage des Urlaubs haben wir einen kleinen Schritt vorwärts zu verzeichnen. Zwar wird das erste Mal überhaupt der Urlaub der Angestellten gesetzlich normirt, er entspricht aber doch nicht den gegenwärtigen Verhältnissen. Ein 10 tägiger Urlaub in einem Jahre ist wenigstens für die höhere Dienste leistenden Angestellten, fast wertlos. Im Motivenbericht bemerkt schon die Regierung, dass, der Urlaub keine Belastung für den Dienstgeber ist, denn erfahrungsgemäss wird die Frische und Spannkraft gerade des qualifizierten Arbeiters durch eine Erholungspause gestärkt u. belebt". — Hoffentlich wird dieser Wahrheit wirklich Rechnung getragen werden und die Zeit des Urlaubes auf 2 bis 4 Wochen erhöht.

Der § 13, der die Gesundheits- und Sicherheitsverhältnisse normirt, bedürft einer Ergänzung in der Einführung der Institution der Handelsinspektoren, (wie Gewerbeinspektoren in industriellen Betrieben) da sonst ohne ständige Kontrolle der gesetzliche Schutz eine Phrase bleibt.

Die wichtigste Materie, die einer neuen gesetzlichen Regelung erwartete, ist die Frage der Kündigungsfrist. In dieser Hinsicht können wir mit Genugtuung folgende Bestimmung verzeichnen.

1. Dass die Kündigungsfrist sogar durch Vereinbarung nicht unter einen Monat herabgesetzt werden darf und stets am letzten Tage eines Kalendermonats enden muss,

2) dass das Dienstverhältniss für die Zeit eines vorübergehenden Bedarfes nicht länger als einen Monat dauern kann, da im entgegengesetzten Falle das Dienstverhältnis als ein fixes zu bezeichnen ist und, dass diese Aushilfsbedienstete (die nur auf die Zeit des vorübergehenden Bedarfes aufgenommen wurden) einen Anspruch auf einwöchentliche Kündigungsfrist haben,

3) dass in allen Fällen die Kündigungsfrist für beide Teile gleich sein muss,

4) dass die Probezeit gesetzlich auf einen Monat beschränkt wird,

5) dass im Falle, wenn der Konkurs über das Vermögen des Dienstgebers eröffnet wird, die Concursmasse in den Vertrags eintritt, dass das Dienstverhältnis vom Dienstnehmer ohne Kündigung innerhalb der Woche vom Tage der Konkurseröffnung, vom Masseverwalter dagegen nur unter Einhaltung der gesetzlichen 6 wöchentlichen Kündigungsfrist aufgelöst werden kann — sofern nicht im Vertrage eine kürzere Kündigungsfrist vereinbart wurde — wobei noch dem Dienstnehmer ein Anspruch auf Ersatz des ihm durch vertragswidrige Auflösung des Dienstvertrages (falls der Vertrag einen späteren Endtermin der Dauer des Vertrages bestimmt) verursachten Schadens vorbehalten wird.

Es mangelt aber auch nicht an Schattenseiten.

§ 14. bestimmt, dass während der Probezeit das Dienstverhältnis von beiden Teilen jederzeits ohne Kündigung gelöst werden kann. Diese Bestimmung macht das Probeverhältnis für die Angestellten höchst gefährlich und es wäre schon an der Zeit die Institution des Probeverhältnisses entweder gänzlich aufzuheben, oder wenigstens gesetzliche Massregeln zu treffen, dass der auf Probe Angestellte nicht jeden Tag bedroht sei postenlos zu bleiben. Wir müssen verlangen, dass der auf Probe Aufgenommene gesichert sein soll, durch 2 Wochen bezahlt zu werden. Es gehört docn nicht zu Ausnahmen, dass der „auf Probe“ aufgenommene Angestellte einen sicheren Posten aufgegeben hat und es kann darum nicht zugelassen werden, dass dem Unternehmer das Recht obliegen soll, jede Minute ihn zu entlassen. Besonders nachteilig wird überhaupt das Probeverhältnis bei den Reisenden und Platzvertretern. Treffliche Bemerkungen lesen wir in dieser Hinsicht im „Oesterreichischen Handelsangestellten“.

„Diese Art Angestellten“ — so lautet es dort — „werden, nachdem sie dem Unternehmer die ihnen „anhänglichen“ Kunden zugeführt, nach der kurzen Probe, oft sogar noch während der vereinbarten Probetour entlassen. Es ist naheliegend, dass diese Angestellten solchem Missbrauch nicht länger ausgesetzt werden dürfen. Ausser dem bisherigen Dienstzeugnis schaft der Entwurf noch die Möglichkeit eines „Verwendungszeugnisses“. Aus diesem soll der Wert der Leistungen des Angestellten ersichtlich sein. Wenn nun jeder Angestellte den Wert seiner Leistungen durch ein besonderes Zeugnis wird nachweisen müssen, dann könnte füglich die Möglichkeit der jederzeitigen Lösung des Dienstverhältnisses ohne Kündigung auch bei der Probeanstellung zu unterbleiben“

Einen bisher sehr strittigen u. wichtigen Punkt berührt der § 17, der ausdrücklich

 **Collegen, werbet neue Mitglieder!** 

bestimmt, dass dem Dienstnehmer nach der Kündigung an Werktagen die entsprechende Zeit zum Aufsuchen einer neuen Stellung bis zum Ausmasse eines ganzen Tages für je zwei Wochen ohne Schmälerung des Entgelts freizugeben ist.

Diese Bestimmung im Grunde genommen sehr löblich, ist aber grösstenfalls unbrauchbar, denn, wenn dieser eine Tag unteilbar bleibt, so ist er für die Grossstadt nicht zu brauchen und als Ganzes unzureichend dort, wo der Gehilfe ausserhalb seines bisherigen Beschäftigungsortes einen Posten suchen will.

Im § 19. werden jene Gründe bestimmt, welche den Angestellten zu sofortigem Austritt berechtigen und im § 20 werden Fälle angegeben, in welchen der Chef den Vertrag sogleich ohne Kündigung lösen kann.

Es sind ähnliche Punkte, wie im jetzt geltenden Handelsgesetze, hie u. da gemildert, manchmal auch verschärft z. B. dass der Prinzipal den Vertrag lösen kann, wenn der Dienstnehmer durch Krankheit oder einen Unglücksfall länger als sechs Wochen an Verrichtung seiner Dienste gehindert ist — manchmal wieder zu allgemein und nichtssagend so z. B. in der Ausdruckweise „wenn der Dienstnehmer sich einer Handlung schuldig macht, die ihn des Vertrauens des Dienstgebers unwürdig erscheinen lässt“. Die Bestimmungen über die Ersatzansprüche führen eine wesentliche Neuerung nur dadurch ein, dass der dem Chef beim Austritt ohne rechtmässigen Grund vom Angestellten zukommende Schadenersatz nie höher sein kann, als der Betrag des Gehaltes, der dem Dienstnehmer für den Zeitraum gebühren würde, der bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses hätte verstreichen müssen.

V.

Bisher fehlte es an Normen für den Fall, dass der Dienstnehmer den Dienst nicht antrat, oder der Dienstgeber dem Angestellten den Antritt der Stellung verweigerte. Die subsidiär angewendeten Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches gaben dem Beschädigten das Recht die Erfüllung des Vertrages u. Schadenersatz zu beanspruchen. Der Gesetzentwurf räumt den Parteien das Recht ein, unter bestimmten Voraussetzungen vor Antritt des Dienstes vom Vertrage abzustehen. Aber eben in diesen „bestimmten Voraussetzungen“ birgt sich eine grosse Gefahr für die Handelsangestellten und der entsprechende § 24 zeigt, wie wenig vom sozialen Empfinden u. Humanitäts ideen das neue Gesetz durchdrungen ist. So heisst es z. B. „Ist der Dienstnehmer unter der ausdrücklich vereinbarten Bedingung aufgenommen worden, dass er den Dienst genau an dem festbestimmten Tage anzutreten hat, so kann der Dienstgeber vom Vertrage zurücktreten, wenn der Dienstnehmer aus welchem Grunde immer (also auch im Krankheitsfalle!!) an dem bestimmten Tage nicht antritt,“ und selbst, wenn der Termin des Antrittes nicht bedingungsweise festgestellt wurde, kann der Unternehmer den auch auf viele Jahre geschlossenen Vertrag lösen, wenn sich infolge eines unabwendbares Hindernisses (den der Angestellte früher nicht vorhersehen konnte) der Dienstantritt um mehr als 14 Tage verzögert — oder, wenn ein wichtiger (?!) Grund vorliegt, der den Dienstgeber zur vorzeitigen Entlassung des Dienstnehmers berechtigt. Mann muss nicht sehr geistreich sein, um einen „wichtigen Grund“ zu finden — und selbst, wenn der Dienstgeber eine wichtige Ursache zu beweisen nicht im Stande sein wird — und sein Vorgehen als unrechtmässiges erklärt sein wird — kann er wenn das Dienstverhältnis auf bestimmte Zeit cingegangen wurde — und die vereinbarte Dienstdauer drei Monate übersteigt durch Zahlung eines für 3 Monate entfallenden Teilbetrages gänzlich von jeder Verantwortung befreit werden. Es kann daher z. B. ein Unternehmer einen Angestellten, dessen Tätigkeit er bei der Konkurenz brachlegen will bessere Bedingungen gewähren und einen Vertrag auf viele Jahre schliessen, und dann den dadurch gewonnenen Angestellten eigenmächtig ohne grosses Risiko entlassen, da er ihm höchstens für drei Monate bezahlen wird müssen.

In der Frage der Konventionalstrafen hat der Gesetzentwurf dieselben dem richterlichen Mässigungsrechte unterworfen. Es wäre aber auch erwünscht, dass das Gesetz das Höchstausmass der Konventionalstrafen überhaupt festsetzen würde.

Die Konkurenzklausel (d. ist eine Vereinbarung durch die der Dienstnehmer für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner Erwerbstätigkeit beschränkt wird) — gänzlich aufzuheben hat die Regierung keinen Mut gehabt, jedoch ist die Giltigkeit solcher Vertragsklauseln von bestimmten Voraussetzungen abhängig (jährlicher Gehalt wenigstens 3000 K. Volljährigkeit des Angestellten) und ist sie nur insoweit wirksam als sich die Beschränkung auf die Tätigkeit im dem Geschäftszweige des Dienstgebers bezieht und den Zeitraum eines Jahres nicht übersteigt und die Beschränkung nicht nach Gegenstand, Zeit und Ort und nur Verhältnisse zu dem geschäftlichen Interesse, das der Dienstgeber an ihrer Einhaltung hat, eine unbillige Erschwerung des Fortkommens des Dienstnehmers enthält.

Eine eigenartige Neuerung — ist zuletzt die Einführung zweierlei Zeugnisse 1. eines Dienstzeugnisses — über die Dauer u. Art der Dienstleistung 2. des Verwendungszeugnisses, in welchem sich der Dienstgeber über das Verhalten und die Leistungen des Dienstnehmers äussern soll.

VI.

Wir haben kurz den Gesetzentwurf skizzirt und hie u. da unsere Stellung präzisiert. Wir bemerken aber u. betonen es nochmals, dass der grösste Fehler des Entwurfes darin liegt, dass er überhaupt lückenhaft ist. Wir bemängeln insbesondere die Regulirung der Arbeitszeit, des Ruhetages, der Feststellung des Minimallohnes. Einführung der Institution von Handelsinspektoren — was doch zu den wichtigsten Postulaten des gesetzlichen Angestelltenschutzes gehört.

Es ist daher unsere Pflicht in diesem letzten Momente noch unsere ganze Kraft anzuwenden um durch Diskusionen, Versammlungen, Petitionen — die Aufmerksamkeit unserer Kollegen, wie auch aller massgebenden Factoren auf unsere Forderungen zu lenken — denn das neue Gesetz umfasst den ganzen Komplex von wirtschaftlichen Fragen — und von der Fassung des Gesetzes wird nicht wenig unser Los abhängig sein.



Dowód uzdolnienia w handlu dla Galicyi i Bukowiny.

Zanim przejdziemy do omówienia kwestyi, czy należy w obecnej porze dążyć do tego, aby dowód uzdolnienia w handlu wprowadzono w naszym kraju — przyglądnijmy się wprzód tym przepisom, które tę kwestyę wogóle normują.

Otóż według § 38 ustawy przemysłowej ma być wymagany w handlu detailicznym dowód uzdolnienia towarami mieszanymi (t. j. bez ograniczenia na pewne towary, albo pewne kategorye towarów) w handlach towarów kolonialnych i delikatesów i w handlu materyałami. Dowód zaś uzdolnienia według § 13 a złożyć należy przez przedłożenie listu nauki (Lehrbrief) względnie świadectwa nauki, stwierdzającego ukończenie stosunku nauki w sposób przepisany — oraz przez uzyskanie świadectwa z odbycia conajmniej dwuletniej praktyki w przedsiębiorstwie handlowem, przyczem jednak łączne zatrudnienie ma obejmować najmniej 5 lat.

Na równi z zajęciem ucznia w przedsiębiorstwie handlowem stoi zatrudnienie w charakterze praktykanta przy pracy biurowej i kantorowej fabrycznie prowadzonego przedsiębiorstwa przemysłowego, a czas służby w przedsiębiorstwie handlowem może być zastąpionym służbą przy sprzedaży towarów przedsiębiorstw produkcyjnych oraz przy pracy biurowej i kantorowej.

Świadectwo odbytej nauki, może być także w całości lub w części zastąpione świadectwem ukończenia z dobrym skutkiem jakiegoś za stosowny uznanego zakładu naukowego, w którym to wypadku może czas służby być ewentualnie zredukowany do jednego roku.

Z brzmienia powyższych przepisów najlepiej widać, jak mało autorom noweli przemysłowej, chodziło o rzeczywisty dowód uzdolnienia. Najpierw bowiem wymaga się go od takich kupców, którzy najmniej chyba wiadomości fachowej potrzebują. Żeby rzeczywiście kramarz, który otwiera handel wiktuałów i towarów mieszanych, potrzebował aż 5 lat praktyki, aby nabyć potrzebne wiadomości, to jest aż nadto niezrozumiałem. Dowód uzdolnienia, jak widzimy, zwróciłby się w pierwszym rzędzie przeciw biednym kramarzom, detajlistom, — oraz właścicielom towarów kolonialnych gdzie chyba dzieje się najmniej tych nadużyć, które chciałoby się dowodem uzdolnienia usunąć.

Co więcej! Sama ustawa dopuszcza, że mimo dowodu uzdolnienia, kupiec może nie mieć żadnych wiadomości w tym fachu, do którego dowód jest wymagany. Powiedzmy n. p. że ktoś, który przez 5 lat był jako praktykant a potem jako buchhalter zajęty w przedsiębiorstwie, zajmującem się fabrykacyą sukna,—ten składa temsamem zdaniem ustawy dowód, że posiada wiadomości fachowe, uzdalniające go do prowadzenia handlu farbami, podczas, gdy ktoś, coby trzy lata był zajęty w składzie towarów mieszanych, ten nie posiada jeszcze dowodu uzdolnienia na prowadzenie małego kramiku wiktuałów! Ale abstrahując nawet od tych nielogiczności, które wskazują, że nie chodzi tu o to, aby kupiec miał fachowe wiadomości, ale o to, aby przez przymus 5 letniej służby ograniczyć liczbę założyć się mających przedsiębiorstw handlowych, — niezależnie od tego rzeczowe argumenta przemawiają za

tem, aby obecnie wymogu dowodu uzdolnienia u nas nie wprowadzać.

Jednym z głównych zasadniczych korzyści, jakie dowód uzdolnienia ma przynieść, jest podniesienie poziomu intellektualnego kupiectwa, rozszerzenia ich wiadomości teoretycznych. Dlatego ręka w rękę z wprowadzeniem dowodu uzdolnienia, powinna być daną możność nabycia w odpowiednich szkołach handlowych potrzebnych wiadomości teoretycznych, bo tylko teorya i praktyka łącznie dają prawdziwą wiedzę. Tymczasem u nas możność ta jest prawie w całym kraju (z wyjątkiem paru miast) wykluczona, bo fachowych szkół handlowych mamy bardzo mało tak, że, gdyby obecnie dowód uzdolnienia był wymagany, to mógłby on jedynie być złożony przez praktykę w przedsiębiorstwie handlowem, na co chyba nie potrzeba aż 5 lat.

Nie da się także przeoczyć, że obecnie nie mamy jeszcze tych gremiów, których zadaniem byłoby utrzymywanie w ewidencyi, kiedy kto wstąpił do nauki, kiedy do służby, aby można było wystawiać wiarygodne świadectwa.

Gremia te dopiero teraz zaczynają się organizować, i dopiero, gdy nabiorą charakteru ogólnych otoczonych zaufaniem korporacyi, dopiero wtedy będą mogły utrzymywać potrzebne rejestra. Tak więc i ze względów technicznych okazuje się niezbędnem odroczenie wprowadzenia dowodu uzdolnienia na lat choćby kilka.

Najważniejszym jednak argumentem przeciw natychmiastowemu wprowadzeniu dowodu uzdolnienia jest jego nagłość. Galicya jest jeszcze krajem zbyt słabo rozwiniętym ekonomicznie, by sobie mogła pozwolić na nagłe wprowadzenie zmian w życiu gospodarczem. Tysiące młodzieży, która nie wiedziała, że obecnie ma być do otwarcia handlu w niektórych działach wymagany dowód uzdolnienia, nie odbywało dzięki ciemnocie, fałszywemu wyobrażeniu o istocie kupiectwa, — dalej z powodu nędzy i co najważniejsza, dzięki źle pokierowanemu wychowaniu przygotowawczemu — ani praktyki ani nauki lub też w sposób ustawowym wymogom nie wystarczający. Otóż ta młodzież — prawie cała obecna generacya — wskutek nagłego wprowadzenia dowodu uzdolnienia, byłaby w zupełności pozbawiona możliwości oddania się kupiectwu w dziedzinach, gdzie wymóg ten jest nakazany. Zwłaszcza bardzo wiele ludzi, którzy byli pewni, że założą sobie handel towarów mieszanych teraz miałoby nagle wrota zamknięte i groziłaby wskutek tego mała katastrofa ekonomiczna krajowi. Przyznajemy, że głównie dotyczy to Żydów, którzy przeważnie oddają się studyom judaistycznym a dorośłszy otwierają sklepy, ale ponieważ znaczna część Żydostwa skazaną jest dzięki różnym warunkom społecznym i politycznym po większej części na zawód kupiecki, — przeto ta nagła zmiana mogłaby olbrzymią ich część pozbawić wogóle możności zarobkowania. Byłoby to nie tylko szkodliwem dla kraju ale i krzywdą dla społeczeństwa Dlatego nawet ten, kto jest zwolennikiem dowodu uzdolnienia w handlu, przyzna, że można wprowadzić go w życie dopiero za lat kilka, aby przyszła generacya, mająca się poświęcić zawodowi kupieckiemu, liczyła się z tym wymogiem i odpowiednio się przygotowała.

Z tych i jeszcze kilku innych powodów tak wszystkie trzy Izby handlowe, które chyba dużo doświadczenia w tej sprawie mają, które bądź co bądź pewną fachową opinię reprezentują, jakoteż znaczna większość kupiectwa w Galicyi żąda odroczenia wprowadzenia dowodu uzdolnienia w Galicyi, — a sam ten fakt oraz to, że najsilniejsze warstwy kupieckie, (n. p. we Lwowie) dla których ochrony dowód uzdolnienia przecież zaprowadzonym ma być, sprzeciwiają się natychmiastowemu wprowadzeniu tego wymogu — jest najlepszym dowodem, że wartość jego jest zbyt problematyczna, a w razie nagłego wprowadzenia go jest on wprost dla handlu szkodliwym.

Dlatego i my będziemy dalej na razie przy żądaniu wolności proceders obstawać.

Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes.

Begriff der „kaufmännischen Dienste“ eines Handlungsgehilfen.

(E. v. 5 Mai 1904 Z. 6241.)

Die von den Untergerichten zugelassene Klage des A. gegen die Firma B. auf Zahlung seiner Bezuge bis zum Ablauf des Kalenderquartals wurde vom O. G. H. abgewiesen. Gründe: Die Ansicht der beiden Untergerichte, dass im vorliegenden Falle der Kläger als Handlungsgehilfe der geklagten Firma zu betrachten sei, u. dass sohin sein Dienstverhältnis zu ihr nur im Sinne des Art. 61. H. G. B. das ist also nur mit Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres nach vorgängiger sechswöchentlicher Kündigung aufgehoben werden könnte, ist nicht stichhältig. Im Sinne des Art. 57. Handels-Gesetz-Buches können nämlich nur diejenigen Hilfspersonen eines Kaufmannes als Handlungsgehilfen betrachtet werden, welche tatsächlich oder vorwiegend dem Kaufmanne kaufmännische Dienste leisten. Als kaufmännische Dienste können aber nach dem gewöhnlichen Gebrauche dieses Ausdruckes u. nach seiner Bedeutung bloss diejenigen Dienste angesehen werden, zu welchen eine gewisse kaufmännische Ausbildung und Geschicklichkeit erfordert werden. Die Dienste, welche der Kläger der beklagten Firma leistete und welche laut der übereinstimmenden Aussage beider Streitteile in der Übernahme des zugeführten Holzes, in dessen Zusammenlegung und Ordnung, sowie in der Expedierung desselben bestanden, erforderten jedoch weder eine kaufmännische Ausbildung, noch eine gewisse Geschücklichkeit. Man kann also aus diesem Grunde den Kläger als Handlungsgehilfen nicht betrachten; man kann ihn jedoch auch als gewerblichen Hilfsarbeiter im Sinne der Gewerbe Ordnung nicht ansehen, da er keine gewerblichen Dienste im Sinne des §. 73. a GewO leistete, daher auch auf ihn §. 77. Gewerbe Ordnung nicht anwendbar ist, welcher eine vierzehntägige vorherige Kündigung normiert. Das Dienstverhältnis des Klägers zur beklagten Firma kann einzig und allein auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuches beurteilt werden. Dieses letztere Gesetz jedoch enthält keine ausdrücklichen Vorschriften über die Kündigungsfrist von Dienstverträgen; es muss also jeder einzelne Fall nach seiner Sachlage dahin der Beurteilung unterzogen werden, ob die vorgängige Kündigung des Dienstverhältnisses erforderlich ist oder nicht, und wenn ja, wie lange diese Kündigungsfrist zu währen hat. Im gegebenen Falle war eine vorgängige Kündigung des fraglichen Dienstverhältnisses überhaupt nicht notwendig, vielmehr konnte es zu jeder Zeit von jedem Vertragsteile sofort aufgelöst werden, zumal eine bestimmte Dauer des Vertrags nicht vereinbart war, zumal ferner der Kläger immer monatlich entlohnt wurde und zumal schliesslich die Dienstesleistung des Klägers bei der beklagten Firma nur seine Nebenbeschäftigung war, da die Hauptbeschäftigung des Klägers wie er selbst zugibt, der Branntweinschank ist.

(Praxis des Obersten Ger. sammlung Jolles-Geller.)

Ze świata handlowego.

Międzynarodowe biuro adwokackie dla udzielania pomocy prawnej w obrocie międzynarodowym. W Zurychu, we Szwajcaryi, założonem zostało międzynarodowe biuro adwokackie pod kierunkiem Dra Jerzego Wetsteina Ma ono za zadanie umożliwić obronę i zastępstwo prawne w obrocie międzynarodowym, co jak wiadomo dotąd w praktyce nastręczało wiele trudności, zwłaszcza, że strony niechętnie zwracały się do adwokatów zagranicznych, których kwalifikacyi ani co do charakteru, ani co do wiedzy, ani też co do dzielności fachowej wcale nie znały. To biuro centralne posiada we wszystkich panstwach i krajach kancelarye filialne, ewentualne substytutów lub korespondentów tego biura. Strona, która pragnie porady lub zastępstwa prawnego, może się zwrócić, albo wprost do biura centralnego w Zurychu, albo do jednej z kancelaryi filialnych, w którym to wypadku zawsze jeszcze klientowi wolno zwrócić się z wszelkiemi żądaniami i ewentualnemi zażaleniami do biura centralnego. W Austryi kierownikami filii biura międzynarodowego są we Wiedniu Dr. Michał Gruber, w Krakowie adwokat Dr. Józef Steinberg.

Traktat handlowy ze Serbią. W sprawie przygotowania traktatu handlowego ze Serbią, prosi Izba handlowa i przemysłowa w Krakowie wszystkich przemysłowców i kupców, którzy są w wywozie do Serbii interesowani, aby się w krótkiej drodze zechcieli porozumieć z biurem Izby.

Dostawa wyrobów metalowych, szmuklerskich i skórzanych dla c. k. obrony krajowej. Ministerstwo obrony krajowej w Wiedniu rozpisuje dostawę wyrobów metalowych, szmuklerskich i skórzanych z terminem do wnoszenia ofert do dnia 14. października 1907.

Bliższych informacyi udziela Izba handlowa i przemysłowa w Krakowie.

KRONIK.

„Progress“ Erste Krakauer Cigaretten-Papier-Fabrik. Die vor kaum 3 Jahren von unserem Mitgliede, Handelskammerrat D. Mandel begründete Cigaretten-Hülsen-Fabrik „Progress“ hat zufolge deren hygienischen Einrichtung, dass keine Hülse von der Hand des Arbeiters berührt wird, nicht nur im Lande, sondern auch im Aussen das Feld erobert.—Die Firma führte auch die Neuerung ein, dass jede Hülse mit chemisch reiner Schnurwatta automatisch, maschinell versehen wird. Bis nun huldigten die Raucher der Ansicht, je dünner das Papier desto besser; erst diese Firma hat mit den „Progress“ und „Kochajmy się“ Hülsen den Beweis erbracht, dass beim dünnen Papier, der Raucher Glicerin schluckt.

Die Firma „Progress“ erzeugt nun auch als erste in Krakau Cigaretten-Papier mit den

Marken „Progress“ und „Kochajmy się“ aus echtem „Vergé Combustible“ Papier, das nicht mit Glicerin hergestellt wird, daher den Lungen nicht nachteilig ist.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit dem Herrn Kammerrat Mandel für seine Aufmerksamkeit für den Verein Reisender Kaufleute Galiziens Dank aussprechen. Herr Mandel hat uns nämlich eine halbe Million Hülsen oder eine Million Cigaretten-Papier in den beiden Marken „Progress“ und „Kochajmy się“ als Kostproben für die Vereinsmitglieder gratis zur Verfügung gestellt.

Jedes Vereinsmitglied (Reisender, Hotelier oder Restaurator) erhält im Vereinslocale oder auf Verlangen, 500 Hülsen „Progress“, 500 Hülsen „Kochajmy się“ u. etwas Vergé Combustible Cigaretten-Papier. Ausserdem erhalten die Herren Hoteliers u. Restaurationen ein Muster-Glastableau.

Die Administrationen bittet die p. t. Mitglieder diese Kostproben vom Vereinssecretär gegen Bestätigung zu übernehmen.

Przesadne oburzenie. Nareszcie po 3 miesiącach zdobył się „Kupiec Polski“ na odwagę, by o naszem piśmie coś wspomnieć. Naturalnie tylko przygodnie z okazyi walki ze separatyzmem kupców żydowskich i polemiki z „Tygodnikiem kupieckim“ we Lwowie.

Nie podoba się to „Kupcowi Polskiemu“, że organ nasz specyalnie poświęcony jest sprawom kupców i agentów podróżujących, gdyż należałoby raczej — jego zdaniem—zadowolnić się „Kupcem“. Dziwi nas tego rodzaju krytyka, bo chyba pismo poważne wiedzieć powinno, że interesy pomocni ów handlowych, komiwojażerów, agentów i kupców są nieraz ze sobą sprzeczne, tak, że jedno pismo nie może ze skutkiem wszystkich sprzecznych interesów bronić. Już z tego powodu pismo nasze, które wzięło sobie za zadanie specyalnie opiekować się sprawami podróżujących kupców, ma aż nadto uzasadnioną racyę bytu i było tylko urzeczywistnieniem długoletnich pragnień komiwojażerów. — Tak zresztą dzieje się wszędzie, a we Wiedniu i Pradze mają osobne stowarzyszenie i osobny organ nie tylko ci, którzy hołdują radykalnym kierunkom, ale nawet kupcy podróżujacy stronnictw najbardziej konserwatywnych. Żaden stan, czy zawód nie może być pozbawiony możności swobodnego bronienia swego stanowiska. Chodzi tylko o to, czy osobny organ stworzony jest na to, aby prowadzić podjazdową albo osobistą walkę polemiczną, czy też chodzi o rzeczową obronę słusznych postulatów, w którym to razie zróżniczkowanie to wychodzi na dobre wszystkim, bo wyjaśnia dokładnie całą sytuacyę. A przyznać musi chyba i sam „Kupiec“, że aż dotąd pismo nasze nie polemiką, ale rzeczowymi artykułami czytelników karmiło. Jak zaś rzeczywiście odrębne pismo fachowe stało się koniecznem, dowodzi kwestya „dowodu uzdolnienia“, w której to sprawie musieliśmy zająć stanowisko wręcz przeciwne, niż „Kupiec Polski“. Dobra jest jedność — ale tylko tam, gdzie jest możliwa. Gdzie wychodą na jaw zasadnicze różnice, tam lepiej, że się poglądy swobodnie ścierają, niżby miały być przez jedną lub drugą stronę dławione. Ale co najciekawsze, „Kupiec Polski“ oburza się, że pismo nasze wychodzi także w języku niemieckim. Rzeczywiście trudno nam jest inaczej tłumaczyć to oburzenie, jak zaślepieniem szowinistycznem. Zaraz w pierwszym numerze naszego pisma zaznaczyliśmy, że używamy języka niemieckiego tylko dlatego, bo poważna część członków naszego stowarzyszenia rekrutuje się z członków zamieszkałych w Austryi dolnej, Morawii, Czechach i Bukowinie, a więc nie należy do narodowości polskiej, dalej część członków naszych rozumie przeważnie tylko po niemiecku. Nie do nas należy badanie przyczyn tego ostatniego zjawiska i środków usunięcia tego, my z faktem tym liczyć się musimy i nie zadowolnimy się frazesem, że Kupiec podróżujący „polski“ niemieckiego pisma nie potrzebuje. Chcemy być zrozumianymi, nie chcemy przemawiać do ściany i dlatego dla nas kwestya języka nie jest traktowaną z punktu widzenia wyznaniowego, politycznego lub narodowego, ale tylko podyktowana względami praktyczności. Licząc się jednak mimoto z wrażliwością patryotycznych uczuć ludności polskiej, które uszanować chcemy, — drukujemy część naszego numeru w języku polskim i przypuszczamy, że tem aż nadto dowód naszego lojalnego postępowania składamy. Zresztą jak dotąd tak i na przyszłość będziemy zawsze bronić stanowiska, że pismo nasze nie jest organem jakiegoś wyznania, narodowości, czy partyi politycznej — ale organem fachowym, broniącym interesów kupców i agentów podróżnych.



Für den Inseratenteil nimmt die Redaction keine Verantwortung.

DRUKARNIA JÓZEFA PLESSNERA I SKI W PODGÓRZU NADWIŚLAŃSKA 4.

Unbedingt sind

„Progress“ „Kochajmy się“

die besten

CIGARETTENHÜLSEN

und das gesündeste Cigaretten-Papier

(Verge combustible Papier ohne Glycerin)

überall erhältlich.

Fabriksadresse:

„PROGRESS“, KRAKAU.

KRAKAU.

HOTEL ROYAL.

I. Ranges. Neubau mit 72 Fremdenzimmern und Salons. Mit Original Wiener Restaurant u. Wiener Café im Hotel selbst.

Spezialhaus für die Kaufmannschaft und Heim der Herren Geschäftsreisenden.

Zivile Preise, bekannt peinlichste Reinlichkeit, streng solide Bedienung. Die geehrten Vereinsmitglieder erhalten gegen Kupon 4% für den Witwen- und Waisenfond.

Prachtvolle, grosse Kaffeehausveranda und schöner Restaurationsgarten.

Parterre-Schreibzimmer und Musterzimmer zum Ausstellen unentgeltlich im Hotel.

Eigener Hotel-Omnibus bei den Zügen.

K. k. Post, Paketpost u. Telegraphenamt vis-à-vis dem Hotel.

Post-Briefkasten im Hotel. Telephon interurban Nr. 433.

Um gütigen Zuspruch bittet

Gustav Sacher

Hotelier.

Pierwsza największa wypożyczalnia książek w kraju

A. GUMPLOWICZ

Kraków, Bracka 5.

Wypożyczalnia ta zaopatrzona jest w najnowsze i najlepsze dzieła i to we wszystkich językach europejskich.

Prospekty na żądanie.

Członkowie stow. podróż. kupców otrzymają opust. Wysyłki w kraju i za granicą.

Warunki abonamentu bardzo przystępne. Przeszło 30.000 dzieł.



Breit i Nowomiast

Kraków, Stradom 21.

Skład strojów damskich.

Specyalność w koronkach, haftach i przyborach do krawieczyzny.



Maschinen- und Dampfbetrieb. Lieferung binnen 10 Tagen.





Telephon Nr. 576. **SIEGMUND FLUSS** Telephon Nr. 576.

LEMBERG — KRAKAU — BRÜNN

Sykstuska 20. Batorego 20. Św. Krzyża 7.

Fabrik u. Kontor: **BRÜNN, Zeile 38—40.**

Zur Saison! Alle Gattungen Herren- u. Damenkleider im ganzen Zustande unzertrennt, samt Futter, Wattirung etc. werden gefärbt, chemisch gereinigt, wie neu hergerichtet. — **Glanz von Kammgarn-Anzügen wird nach eigenem mechanischen Verfahren entfernt.**

Ich empfehle ferner den p. t. Kunden meine **modernst maschinell** eingerichtete

Chemische Waschanstalt (Nettoyage française)

für Herren-, Damen- u. Kinder-Garderoben, Militär- u. Beamten-Uniformen, Promenade-Toiletten, Möbelstoffe.

Spezialitäten-Färberei á Ressort

für Seidenkleider, Kaschmir, Plüsch, Samt, Halbwolle, Baumwoll-Posamenterie und Dekorationstoffe in den modernsten, echtesten Farben.

Für Vereinsmitglieder Vorzugspreise 10% Annahmestellen in allen grösseren Städten.

Provinz-Aufträge prompt. Eigene Fabriks-Filialen in allen Hauptstädten Österreich-Ungarns.



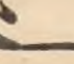
Grösste Fabrik in Böhmen, Mähren und Galizien. Leistungen unübertroffen.

DOM TOWAROWY

BREIT I EISENTHAL

KRAKÓW, STRADOM 18.

Bogaty wybór wszelkich towarów bławatnych, materyi wełnianych, jedwabnych, chodników i dywanów.



DECKEN-FABRIK

TRAUBMANN & NEUMARK

KRAKAU, KOLETEKGASSE 5.

ERZEUGT ALLER ARTEN VON WATTEDECKEN IN SOLIDER, GEDIEGENER AUSFÜHRUNG, BEI SEHR **KONVENABLEN** PREISEN. BESTELLUNGEN, AUCH AUS DER PROVINZ WERDEN **PROMPTEST** UND **SORGFÄLTIGST** EFFECTUIRT.

Aleksander Fischhab



FABRYKA PIECZĘCI KAUCZUKOWYCH I DRUKARŃ DOMOWYCH, oraz WIELKI SKŁAD NUMERATORÓW NAJNOWSZEJ KONSTRUKCYI i SZYLDÓW EMALIOW.

KRAKÓW

UL. GRODZKA L. 50.

obok c. k. Sądu krajowego.

HIRSCH EDER

Kraków

plac Dominikański 5.

Skład szewiotów angielskich, kamgarnów francuskich, towarów dla c. i k. wojskowych i p. t. urzędników.

Dla p. t. Członków stowarzyszenia podróżujących kupców 3% opustu na fundusz wdów i sierót.

„PROVDIENTIA“

Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft in Wien

(Errichtet von der k. k. priv. Oestrr. Credit-Anstalt für Handel u. Gewerbe u. der k. k. priv. allgem. österr. Boden-Creditanstalt).

Uebernimmt Versicherungen gegen Unfall, Haftpflicht aller Art Wasserleitungsschäden etc. etc. zu vorteilhaften Bedingungen.

Auskünfte werden bereitwilligst erteilt:

Repräsentanzen für Galizien:

Lemberg, Kościuszkogasse 8.

Krakau, Allerheiligenplatz 1 (neben dem Magistrate).

Wydawca i odpowiedzialny redaktor: Salomon Michael Zimmet. Drukiem Josefa Plessnera i Ski w Podgórzu.